

Art. 2 - Sanktionierende Bedienstete erfüllen folgende Mindestbedingungen:

1. mindestens achtzehn Jahre alt sein,
2. nicht, selbst nicht mit Aufschub, zu einer Korrekional- oder Kriminalstrafe im Sinne von Artikel 7 des Strafgesetzbuches oder zu einer ähnlichen Strafe im Ausland, mit Ausnahme der Verurteilungen wegen Verstößen gegen die Rechtsvorschriften über die Straßenverkehrsordnung, verurteilt worden sein,
3. mindestens über ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts oder einen gleichwertigen Grad verfügen,
4. die in Artikel 3 erwähnten Bedingungen erfüllen.

Die Bedingung unter Nummer 2 wird zum Zeitpunkt der Bestimmung anhand eines Auszugs aus dem Strafregister nachgewiesen, der zum Zeitpunkt der Bestimmung weniger als sechs Monate alt ist.

Sanktionierende Bedienstete üben ihre Befugnisse im Rahmen der Beschlüsse zur Auferlegung einer Verwaltungsstrafe, wie im Gesetz vom 27. April 2018 zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn erwähnt, vollkommen unabhängig aus. Sanktionierende Bedienstete müssen völlig autonom entscheiden können und dürfen hierbei keine Anweisungen erhalten.

Das in Artikel 42 § 2 des Gesetzes erwähnte Verwaltungspersonal kann sanktionierende Bedienstete bei der Vorbereitung der Verwaltungsakten unterstützen, sofern es die in Absatz 1 Nr. 1 und 2 erwähnten Bedingungen erfüllt.

Art. 3 - § 1 - Sanktionierende Bedienstete nehmen an einer Ausbildung von zwanzig Stunden teil. Die Ausbildung umfasst drei Teile:

1. allgemeine Grundsätze des Strafrechts,
2. Rechtsvorschriften in Bezug auf die Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn, wobei besonderes Augenmerk auf die Befugnisse und Verantwortlichkeiten des sanktionierenden Bediensteten sowie auf die Rechte und Pflichten der Bürger gelegt wird,
3. Konfliktbewältigung, einschließlich der Konfliktbewältigung mit Minderjährigen.

§ 2 - Für alle unterrichteten Fächer, die in § 1 erwähnt sind, wird eine Prüfung organisiert. Der Kandidat hat diese Prüfung bestanden, wenn er für jedes Fach mindestens 50 Prozent der Punkte und für alle Fächer zusammen mindestens 60 Prozent der Punkte erhalten hat.

KAPITEL 2 — Schlussbestimmungen

Art. 4 - Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Eisenbahnverkehr gehört, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 9. Oktober 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Mobilität
Fr. BELLOT

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C – 2019/15088]

9 OCTOBRE 2018. — Arrêté royal fixant les conditions de sélection, de recrutement, de qualification et de formation de l'agent constatateur en exécution de la loi sur la police des chemins de fer. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 9 octobre 2018 fixant les conditions de sélection, de recrutement, de qualification et de formation de l'agent constatateur en exécution de la loi sur la police des chemins de fer (*Moniteur belge* du 17 octobre 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C – 2019/15088]

9 OKTOBER 2018. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de voorwaarden inzake selectie, aanwerving, kennis en opleiding van de vaststellende beambte ter uitvoering van de wet op de politie van de spoorwegen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 9 oktober 2018 tot vaststelling van de voorwaarden inzake selectie, aanwerving, kennis en opleiding van de vaststellende beambte ter uitvoering van de wet op de politie van de spoorwegen (*Belgisch Staatsblad* van 17 oktober 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

[C – 2019/15088]

9. OKTOBER 2018 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Bedingungen in Bezug auf Auswahl, Anwerbung, Qualifikation und Ausbildung von feststellenden Bediensteten in Ausführung des Gesetzes zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 9. Oktober 2018 zur Festlegung der Bedingungen in Bezug auf Auswahl, Anwerbung, Qualifikation und Ausbildung von feststellenden Bediensteten in Ausführung des Gesetzes zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

9. OKTOBER 2018 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Bedingungen in Bezug auf Auswahl, Anwerbung, Qualifikation und Ausbildung von feststellenden Bediensteten in Ausführung des Gesetzes zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 27. April 2018 zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn, der Artikel 2 Nr. 17 und 25 § 1 Absatz 5 und § 4;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 8. Juni 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Haushalts vom 16. Juli 2018;

Aufgrund der Auswirkungsanalyse beim Erlass von Vorschriften, die gemäß den Artikeln 6 und 7 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen administrative Vereinfachung durchgeführt worden ist;

Aufgrund der Tatsache, dass der Staatsrat binnen der vorgesehenen Frist kein Gutachten in Anwendung von Artikel 84 § 4 Absatz 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben hat;

Auf Vorschlag des Ministers der Mobilität und aufgrund der Stellungnahme der Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL 1 — *Feststellende Bedienstete*

Artikel 1 - Feststellende Bedienstete sind Personalmitglieder des Infrastrukturbetreibers, des Bahnhofsbetreibers, der Eisenbahnunternehmen und des Sicherheitsdienstes, die vom König bestimmt und zu diesem Zweck vereidigt worden sind und die beauftragt sind, für die Einhaltung des Gesetzes vom 27. April 2018 zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn (nachstehend "Gesetz") und seiner Ausführungserlasse unter den Bedingungen und im Rahmen der Einschränkungen von Artikel 25 dieses Gesetzes zu sorgen.

Art. 2 - Feststellende Bedienstete müssen folgende Bedingungen erfüllen:

1. mindestens achtzehn Jahre alt sein,
2. nicht, selbst nicht mit Aufschub, zu einer Korrekional- oder Kriminalstrafe im Sinne von Artikel 7 des Strafgesetzbuches oder zu einer ähnlichen Strafe im Ausland, mit Ausnahme der Verurteilungen wegen Verstößen gegen die Rechtsvorschriften über die Straßenverkehrsordnung verurteilt worden sein,
3. mindestens über ein Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts oder einen gleichwertigen Grad verfügen,
4. die in Artikel 3 erwähnten Bedingungen erfüllen.

Die Bedingung unter Nummer 2 wird zum Zeitpunkt der Bestimmung anhand eines Auszugs aus dem Strafregister nachgewiesen, der zum Zeitpunkt der Bestimmung weniger als sechs Monate alt ist.

Art. 3 - § 1 - Unter Berücksichtigung der ihnen im Rahmen des Gesetzes anvertrauten Befugnisse nehmen feststellende Bedienstete, die dem Personal des Sicherheitsdienstes angehören, an einer achttägigen Ausbildung teil. Die Ausbildung umfasst vier Teile:

1. gründliches Studium der Gesetze und Verordnungen in Bezug auf die Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn, spezifische Befugnisse eines Personalmitglieds des Sicherheitsdienstes,
2. Einführung in das Straf- und das Strafprozessrecht,
3. Konfliktbewältigung, einschließlich der Konfliktbewältigung mit Minderjährigen,
4. Feststellung von Verstößen und Erstellung von Protokollen.

§ 2 - Unter Berücksichtigung der ihnen im Rahmen des Gesetzes anvertrauten Befugnisse nehmen feststellende Bedienstete, die dem Begleitpersonal angehören, an einer siebtägigen Ausbildung teil. Die Ausbildung umfasst drei Teile:

1. Studium der Rechtsvorschriften in Bezug auf die Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn, innerhalb der in Artikel 25 § 1 Absatz 4 des Gesetzes festgelegten Grenzen der Befugnisse des Begleitpersonals,
2. Konfliktbewältigung, einschließlich der Konfliktbewältigung mit Minderjährigen,
3. Feststellung von Verstößen und Erstellung von Feststellungen.

§ 3 - Unter Berücksichtigung der ihnen im Rahmen des Gesetzes anvertrauten Befugnisse nehmen feststellende Bedienstete, die dem Bahnsteigpersonal angehören, an einer viertägigen Ausbildung teil. Die Ausbildung umfasst drei Teile:

1. Studium der Rechtsvorschriften in Bezug auf die Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn, wobei besonderes Augenmerk auf die in unmittelbarer Umgebung des Bahnsteigs festgestellten Verstöße gelegt wird,
2. Konfliktbewältigung, einschließlich der Konfliktbewältigung mit Minderjährigen,
3. Feststellung von Verstößen und Erstellung von Protokollen.

§ 4 - Unter Berücksichtigung der ihnen im Rahmen des Gesetzes anvertrauten Befugnisse nehmen feststellende Bedienstete, die dem Personal des Infrastrukturbetreibers angehören, an einer dreitägigen Ausbildung teil. Die Ausbildung umfasst zwei Teile:

1. Studium der Rechtsvorschriften in Bezug auf die Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn, wobei besonderes Augenmerk auf die Befugnisse und Verantwortlichkeiten des feststellenden Bediensteten und insbesondere die in Titel 2 Kapitel 3 des Gesetzes erwähnten Maßnahmen in Bezug auf die Instandhaltung der Schienenwege und die Sicherheit ihres Betriebs, sowie auf die Rechte und Pflichten der Bürger gelegt wird,
2. Feststellung von Verstößen sowie Erstellung von Protokollen und Feststellungen.

§ 5 - Unter Berücksichtigung der ihnen im Rahmen des Gesetzes anvertrauten Befugnisse nehmen feststellende Bedienstete, die damit beauftragt sind, das Scheitern des in Artikel 32 § 1 des Gesetzes erwähnten Verständigungsverfahren festzustellen, an einer viertägigen Ausbildung teil. Die Ausbildung umfasst zwei Teile:

1. Studium der Rechtsvorschriften in Bezug auf die Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn, wobei besonderes Augenmerk auf die Befugnisse und Verantwortlichkeiten des feststellenden Bediensteten sowie auf die Rechte und Pflichten der Bürger gelegt wird,

2. Feststellung von Verstößen gegen Erstellung von Protokollen und Feststellungen.

§ 6 - Für alle unterrichteten Fächer, die in den Paragraphen 1 bis 5 erwähnt sind, wird eine Prüfung organisiert. Der Kandidat hat diese Prüfung bestanden, wenn er für jedes Fach mindestens 50 Prozent der Punkte und für alle Fächer zusammen mindestens 60 Prozent der Punkte erhalten hat.

Art. 4 - Feststellende Bedienstete, die die in den Artikeln 2 und 3 vorgesehenen Bedingungen erfüllen, sind Inhaber einer Legitimationskarte.

Diese Legitimationskarte enthält folgende Angaben:

1. Name, Vorname und Foto des Inhabers,
2. Name des Unternehmens, dem der feststellende Bedienstete untersteht,
3. Funktion des feststellenden Bediensteten in Ausführung des Gesetzes.

KAPITEL 2 — Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 5 - Wer vor dem Datum des Inkrafttretens des Gesetzes vom König vereidigt und als Bediensteter bestimmt worden ist, der mit der Feststellung von Verstößen gegen die Rechtsvorschriften über die Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn auf der Grundlage von Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juli 1891 über die Eisenbahnpolizei beauftragt ist, wird als feststellender Bediensteter im Sinne des Gesetzes bestimmt und erhält die in Artikel 5 des vorliegenden Erlasses erwähnte Legitimationskarte.

Er nimmt dennoch an der Ausbildung der jeweiligen in Artikel 3 §§ 1 bis 5 erwähnten Kategorie, der er angehört, teil, ist aber von der in Artikel 3 § 6 erwähnten Prüfung befreit.

Art. 6 - Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Eisenbahnverkehr gehört, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 9. Oktober 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Mobilität

Fr. BELLOT

SERVICE PUBLIC FEDERAL SECURITE SOCIALE

[C - 2019/15110]

26 OCTOBRE 2019. — Arrêté royal fixant les conditions et les modalités selon lesquelles l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités paie des honoraires de garde et des honoraires de disponibilité aux pharmaciens titulaires d'une pharmacie ouverte au public qui participent à des services de garde organisés

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994, article 35octies, § 2, alinéa 5, inséré par la loi du 10 décembre 2009 et alinéa 7, inséré par la loi du 7 avril 2019;

Vu l'avis du Comité de l'assurance des soins de santé, donné le 13 mai 2019;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 7 juin 2019;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 17 juillet 2019;

Vu l'avis n° 66.585/2 du Conseil d'Etat, donné le 14 octobre 2019, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Vu l'analyse d'impact de la réglementation réalisée conformément aux articles 6 et 7 de la loi du 15 décembre 2013 portant des dispositions diverses en matière de simplification administrative ;

Considérant la proposition de la Commission de conventions pharmaciens – organismes assureurs, formulée le 26 avril 2019;

Considérant l'avis de la Commission de contrôle budgétaire, donné le 8 mai 2019;

Considérant la loi coordonnée du 10 mai 2015 relative à l'exercice des professions des soins de santé, articles 26 à 29 ;

Considérant l'arrêté royal du 21 janvier 2009 portant instructions pour les pharmaciens, article 6 ;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST SOCIALE ZEKERHEID

[C - 2019/15110]

26 OKTOBER 2019. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de voorwaarden en de modaliteiten waaronder de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen wachthonoraria en beschikbaarheidshonoraria betaalt aan de apothekers-titularissen van een apotheek open voor het publiek die deelnemen aan georganiseerde wachtdiensten

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, artikel 35octies, § 2, vijfde lid, ingevoegd bij de wet van 10 december 2009 en zevende lid, ingevoegd bij de wet van 7 april 2019;

Gelet op het advies van het Comité van de verzekering voor geneeskundige verzorging, gegeven op 13 mei 2019;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 7 juni 2019;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Begroting, gegeven op 17 juli 2019;

Gelet op het advies nr. 66.585/2 van de Raad van State, gegeven op 14 oktober 2019 met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Gelet op de impactanalyse van de regelgeving, uitgevoerd overeenkomstig artikelen 6 en 7 van de wet van 15 december 2013 houdende diverse bepalingen inzake administratieve vereenvoudiging;

Overwegende het voorstel van de overeenkomsten-commissie apothekers – verzekeringsinstellingen, geformuleerd op 26 april 2019;

Overwegende het advies van de Commissie voor begrotingscontrole, gegeven op 8 mei 2019;

Overwegende de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen, artikelen 26 tot 29;

Overwegende het koninklijk besluit van 21 januari 2009 houdende onderrichtingen voor de apothekers, artikel 6;